

[spiegel.de](http://www.spiegel.de)

Jamaika-Sondierung: Regierungsberater fordern Elektroquote - SPIEGEL ONLINE

SPIEGEL ONLINE, Hamburg, Germany

7-9 Minuten

Jamaika-Sondierung Regierungsberater fordern Elektroquote

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen fordert von den Jamaika-Verhandlern nach SPIEGEL-Informationen, auf batteriegetriebene Autos zu setzen. Der Staat sollte die Hersteller zwingen, 2025 ein Viertel ihrer Flotte mit Strom zu betreiben.



DPA

Ladestation für Elektroautos

Die Diagnose ist eindeutig: Der Verkehr auf deutschen Straßen hinkt weit hinter den Klimazielen her, die sich Deutschland gesetzt hat. Seit 1990 ist der Ausstoß von Treibhausgasen durch Automobile weitgehend konstant geblieben - in den vergangenen Jahren [hat er sogar noch leicht zugenommen](#).

Bei den Jamaika-Verhandlungen in Berlin wollen die Grünen

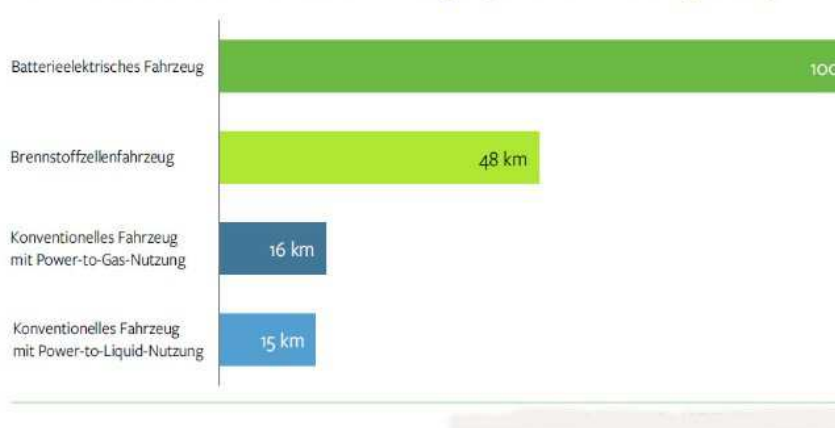
deshalb die Verkehrswende hin zu [Elektrofahrzeugen](#) einleiten und treffen dabei auf entschiedenen Widerstand beim möglichen Koalitionspartner FDP.

Die Liberalen wollen sich nicht festlegen, mit welcher Antriebsart die Klimaziele im Verkehr erreicht werden sollen: ob mit Elektromotoren oder mit Verbrennungsmotoren, die mit Treibstoff betrieben werden, der aus erneuerbaren Energien stammt.

Am Montag kommen die Unterhändler von Union, Grünen und FDP erneut zusammen, [um über das strittige Thema zu reden](#). Die Befürworter der Elektromobilität bekommen dabei Unterstützung vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, einem der wichtigsten wissenschaftlichen Beratergremien der Bundesregierung. Die Klimaexperten haben ein Gutachten erstellt, das sich in seinen Empfehlungen festlegt: "Die direkte Elektrifizierung ist aufgrund ihres sehr hohen Wirkungsgrads besonders geeignet, die Klima- und Umweltauswirkungen des Verkehrs grundlegend zu verringern", schreiben sie in ihrem Gutachten, das dem SPIEGEL vorliegt.

Die Diagnose des Sachverständigenrats ist eindeutig. Eine Umwandlung von Ökostrom etwa durch Elektrolyse in Gas oder Flüssiggas oder aber die Herstellung aus Biomasse habe zu große Energieverluste und würde "mit einem um ein Vielfaches größerem Strombedarf einhergehen", schreiben sie. Mit einem Energieeinsatz von 15 Kilowattstunden fährt ein batterieelektrisches Fahrzeug 100 Kilometer, ein Brennstoffzellenfahrzeug 48 Kilometer, ein Fahrzeug, angetrieben mit aus erneuerbaren Energien gewonnenem Gas schaffe es lediglich 15 Kilometer weit.

Reichweite von Pkw mit unterschiedlichen Technologien (bei 15 kWh Primärenergieeinsatz)

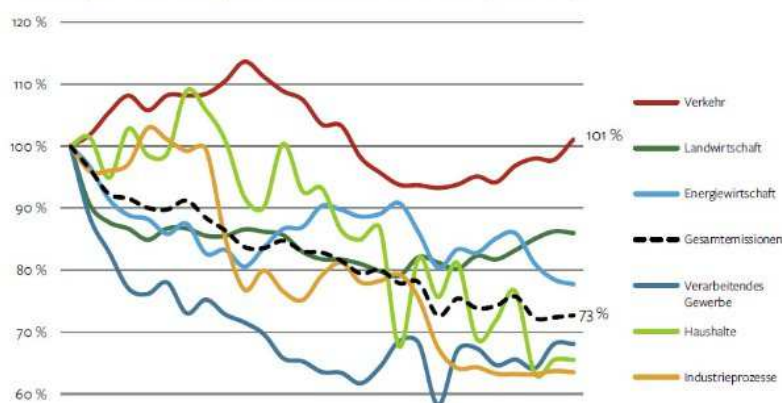


Die Forscher sorgen sich zudem um die Energiequellen für jenes Gas, das nach Vorstellungen etwa der FDP künftig in den Tank kommen soll. Wenn es aus Wind- oder Solarkraft entsteht, würden dafür weit mehr solcher Rotoren oder Solarpanele gebraucht. Stammen die nachhaltigen Kraftstoffe aus der Umwandlung von

biologischen Stoffen wie Mais oder Raps, entstünde eine Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion. Auch hätten diese synthetischen Kraftstoffe eine negative Auswirkung auf die Landschaftsnutzung.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen fordert deshalb laut Gutachten, dass in der neuen Legislaturperiode Elektroautos mit einer staatlich festgelegten Quote gefördert werden sollten. Dadurch würden "die technologiepolitischen Ziele sicher erreicht werden", so die Wissenschaftler unter Leitung der Klimaökonomin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Im Jahre 2025 sollte die Bundesregierung den Autokonzernen deshalb 25 Prozent batterieelektrische und Brennstoffzellenfahrzeuge für ihre Flotte vorschreiben, für das Jahr 2030 könnte diese Quote bei 50 Prozent liegen.

Treibhausgasemissionen ausgewählter Sektoren in Deutschland (1990–2016)



"Dieser deutliche Anstieg der Quote erscheint realistisch, da zu erwarten ist, dass sich die Elektromobilität nach dem Überwinden einer gewissen Schwelle zügig durchsetzen wird", heißt es in der Studie. Zusätzlich müsse der Strom steuerlich vergünstigt und die steuerliche Privilegierung des Diesel beendet werden.

Der Sachverständigenrat geht damit nicht ganz so weit wie die Grünen in ihrem Parteiprogramm, die vor den Wahlen ein Verbot von Verbrennungsmotoren bis zum Jahre 2030 gefordert hatten. Deren Spitzenkandidat Cem Özdemir hatte vergangene Woche klargemacht, dass seine Partei auf dieser Forderung [in der schwarz-gelb-grünen Koalition nicht bestehen würde](#). Die Expertise des Sachverständigenrats könnte allerdings eine Kompromisslinie vorgeben für die Verhandlungen der Sondierungsgruppen.

insgesamt 34 Beiträge

wird es dann aber nichts mit den CO2 Zielen!

wird es dann aber nichts mit den CO2 Zielen!

Die Klimaziele würden vor allem dann erreicht, wenn mehr Geld für

Bahn- und Fahrrad-Infrastruktur investiert würde anstatt Diesel und Kerosin zu subventionieren. Elektromobilität haben wir unter der Oberleitung, aber wenn man [...]

Die Klimaziele würden vor allem dann erreicht, wenn mehr Geld für Bahn- und Fahrrad-Infrastruktur investiert würde anstatt Diesel und Kerosin zu subventionieren. Elektromobilität haben wir unter der Oberleitung, aber wenn man dann liest, dass Jumbos zwischen Frankfurt und Berlin eingesetzt werden, während ein jämmerlicher Zug pro Stunde auf dieser Strecke unterwegs ist ...

wenn die Autofahrer diese E-Kisten nicht wollen? Siehe E10? Völlig untaugliche Forderung.

wenn die Autofahrer diese E-Kisten nicht wollen? Siehe E10? Völlig untaugliche Forderung.

Wenn es keine Ladelösung für Mietwohnungsinhaber (2. Stock) gibt, werde ich mir auch keinen elektrischen Wagen zulegen, so einfach ist das. Quote hin, Quote her.

Wenn es keine Ladelösung für Mietwohnungsinhaber (2. Stock) gibt, werde ich mir auch keinen elektrischen Wagen zulegen, so einfach ist das. Quote hin, Quote her.

Eben gerade wurde ja neue Ausstoss-Grenzen beschlossen, die schon schwer einzuhalten sind, und ohne weitgehende Elektrifizierung ohnehin nicht erreichbar sind. Besser wäre es endlich auch andere Umweltsünder anzugehen und z.B. [...] Eben gerade wurde ja neue Ausstoss-Grenzen beschlossen, die schon schwer einzuhalten sind, und ohne weitgehende Elektrifizierung ohnehin nicht erreichbar sind. Besser wäre es endlich auch andere Umweltsünder anzugehen und z.B. die Flug-Subventionen anzubauen.

Ihr Kommentar zum Thema

Bitte melden Sie sich an, um zu kommentieren.

© **SPIEGEL ONLINE 2017**

Alle Rechte vorbehalten

[Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH](#)